

Volksstimme

Einzelpreis 15 Pfennig.

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pann-Luch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummern: Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 981. — Postzustellungsliste 2. Postbezirk, Seite 110. — Verkaufspreis: Vom 31. Dezember bis 5. Januar 70 Pfennig, Abolier 65 Pfennig.

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10 Spalten, 27 Millimeter breite Nonpareilzeile brüchig 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig, Familienanzeigen und Stellenangebote 12 1/2 Pfennig, Vereinskalender 20 Pfennig, die dreizehnpaltige 30 Millimeter breite Nonpareilzeile brüchig 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. (Eine Goldmarke = 100 Pfennig, 1 Pfennig = 100 Goldmarken). Der gewöhnliche Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 8 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Klappertexte keine Gewähr. — Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 4. Magdeburg, Sonnabend den 5. Januar 1924. 35. Jahrgang.

Große Koalition in Sachsen.

Die sozialdemokratische Fraktion des Sächsischen Landtags hat am Donnerstag nach fünfständiger Beratung beschlossen, für die Bildung einer Koalitionsregierung nach preussischem Muster einzutreten. Dieser Beschluß wird die Gegensätze in der sächsischen Parteigenossenschaft ganz bedeutend verschärfen, zumal er den am 6. Januar zusammentretenden Landesparteitag vor vollendete Tatsachen stellt.

Wie die Verteidiger des Fraktionsbeschlusses ihre Auffassung begründen, geht aus folgendem Artikel des Genossen Silge (Leipzig) hervor:

Wie die Dinge jetzt in Sachsen stehen, wird der Parteitag mit großer Mehrheit die Frage der großen Koalition verneinen und sich für die Auflösung des Landtags entscheiden. Da man nach den Neuwahlen um die große Koalition nicht herumkommen wird, so ist die Zahl derer nicht gering, die der Meinung sind, daß es besser sei, ohne Landtagsauflösung an eine große Koalition heranzutreten. Auf dem Parteitag werden die Anhänger dieser Richtung indessen nur eine Minderheit bilden, während die Mehrheit sich für den Appell an die Wählerschaft entscheidet wird. Doch diese Mehrheit ist nicht einheitlich gerichtet. Auch in dieser Mehrheit ist die Zahl derer nicht klein, die die große Koalition für unvermeidlich halten, wenn die Wähler gesprochen haben. Diese Richtung meint, die Entscheidung müsse von dem Parteitag auf die Wählerschaft abgewälzt werden. Hierbei wird indes übersehen, daß die Wähler über diese Frage direkt gar nicht entscheiden können; das wäre nur der Fall, wenn die Frage der großen Koalition das Feldgeschrei im Wahlkampf bildete. Dann müßte jedoch die Sozialdemokratie zur Frage der großen Koalition klare und eindeutige Stellung einnehmen. Dies muß indes heute schon als ausgeschlossen betrachtet werden, weil sich über die Koalitionsfrage leider keine einheitliche Meinung nach der Lage der Parteiverhältnisse erzielen läßt, zumal wenigstens heute noch der größere Teil von einer Koalition mit bürgerlichen Parteien überhaupt nichts wissen will.

Die Gegner jeder Koalition gehen von dem Standpunkt aus, daß Sachsen eine proletarische Mehrheit habe. Das könnte rein zahlenmäßig heute noch gelten, nach den Neuwahlen wird aber vielleicht auch dieser bedingte Satz seine Geltung verloren haben. In Wirklichkeit besteht schon heute die proletarische Mehrheit nicht mehr, weil die Kommunisten jede Zusammenarbeit mit dem rechten Flügel der Partei überhaupt ablehnen. Auch die Hoffnung der ganz Unentwegten in der Partei, die Kommunisten könnten sich später doch noch einmal zur Unterstützung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung bereit erklären, muß nach der ganzen Entwicklung der parlamentarischen Tätigkeit der Kommunisten als eine reine Illusion betrachtet werden. Die Kette dieser Tätigkeit beginnt mit der Erklärung des kommunistischen Redners bei der Eröffnung des Landtags, daß die Kommunisten sich nur mit dem Ziele der Sabotierung der Landesverfassung an den Landtagswahlen beteiligen haben, und endigt mit der Feststellung des kommunistischen Botschafters in der Landtagsitzung am 29. Dezember, daß die Kommunisten den Sozialdemokraten im nächsten Landtag jede Unterstützung verweigern würden.

Die Anhänger eines Zusammenarbeitens mit den Kommunisten werden nicht müde, darauf hinzuweisen, daß mit Unterstützung der Kommunisten eine Reihe wichtiger Gesetze, so die Gemeindeverfassung, zustande gekommen sei. Das ist zwar richtig, doch ohne schwere Kämpfe ist es hierbei nie abgegangen. Die Hauptsache aber bei diesem Zusammenarbeiten ist, daß die Kommunisten der Sozialdemokratie und der sozialdemokratischen Minderheitsregierung nur zugefagt hatten unter der Bedingung, daß die Sozialdemokratie eine „proletarische Politik“ treibe. Was die Kommunisten unter „proletarischer Politik“ verstanden, hat die sozialdemokratische Partei auch in Sachsen nicht mitmachen können.

Das kurze Gastspiel der Kommunisten in der Regierung hat ebenso wie in Thüringen gelehrt, daß ein Zusammenarbeiten mit den Kommunisten nur möglich ist, wenn sich die Sozialdemokratie der kommunistischen Politik und dem Lottis völlig unterwirft. Das hat aber auch der linke Flügel der Partei in Sachsen nie gewollt. Man war vielmehr der Meinung, daß sich die Kommunisten in der Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie auf dem Boden der Wirklichkeit zurückfinden und reale Politik treiben würden. Dies hat sich als ein Irrtum erwiesen, und man muß sich nur wundern, daß es gleichwohl heute noch

Genossen gibt, die mit beiden Augen nach den Kommunisten schielen, weil sie Fleisch von unserem Fleische, d. h. Proletarier sind, während die bürgerlichen Parteien auf dem Boden des Kapitalismus stehen. An der kommunistischen Politik zeigt sich jedoch, daß das Band des sozialistischen Endziels keine genügende Grundlage für ein Zusammenarbeiten abgibt und die Methode der Politik entscheidend ist. Die bolschewistische Taktik ist utopisch, weil sie auf der Gewalt beruht und die Demokratie verneint. Für die Sozialdemokratie hat seit Marx und Engels der Grundgedanke gegolten, daß die Partei ihr Ziel nur auf dem Boden der demokratischen Republik erreichen kann. Dies festgestellt, kann man auch nicht mehr von einer proletarischen Mehrheit im Landtag reden.

Da wir nun aber auf dem Boden der Demokratie und des parlamentarischen Systems stehen, ergibt sich für die Sozialdemokratie, da sie über keine Mehrheit zur Regierungsbildung verfügt, ganz von selbst die Notwendigkeit, eine Koalition mit bürgerlichen Parteien zu bilden. In Sachsen reichen die Demokraten schon zahlenmäßig nicht zur Bildung einer Koalitionsregierung aus; es darf aber auch nicht übersehen werden, daß die Demokraten allein mit den Sozialdemokraten eine Koalitionsregierung nicht eingehen wollen. So bleibt nur die große Koalitionsregierung mit der Deutschen Volkspartei. Das entspricht gewiß nicht dem Empfinden des allergrößten Teiles der sächsischen Arbeiterbevölkerung; wenn aber die Koalitionsregierung nicht zu umgehen ist, so fällt dies denjenigen Proletariatschichten zur Last, die direkt oder indirekt den bolschewistischen Wahnwitz fördern und die proletarischen Interessen schädigen. Am Ende darf auch nicht übersehen werden, daß der Deutschen Volkspartei eine Koalition mit Sozialdemokraten ebenso unangenehm ist, wie den Sozialdemokraten die Koalition mit der Deutschen Volkspartei. Und da es nun in Sachsen keine andre Lösung gibt, muß es eben mit der großen Koalition gehen, wie es auch in Preußen seit mehr als zwei Jahren mit der großen Koalition gegangen ist. In einer Koalition kann keine Partei voll ihre Politik durchführen — Koalition ist Kompromiß. Gefällt den Wählern diese Politik nicht, dann haben sie sich bei den nächsten Wahlen zu entscheiden. Aller Voransicht nach aber wird, wie Karl Kautsky in seinem Buche über die proletarische Revolution nachgewiesen hat, die Koalitionsregierung noch so lange Zeit das Gegebenen eines Übergangszustandes sein, der erst einmal sein Ende finden wird, wenn wir im Reiche mit unsrer Wirtschaft und unsren Finanzen, das heißt mit unsrem Verhältnis zu Frankreich, in Ordnung gekommen sein werden.

Nach meiner Meinung wäre es deshalb das richtige, wenn sich der Landesparteitag am 6. Januar ohne Landtagsauflösung für die große Koalition entscheiden würde. Neuwahlen werden an dem Verhältnis der Sozialdemokraten zu den Kommunisten nichts ändern, sie werden höchstens die bestehende Kluft noch tiefer machen. Die Wahlen können auch eine bürgerliche Mehrheit bringen. Eine bürgerliche Koalitionsregierung halte ich dann zwar für unwahrscheinlich, indessen der sozialdemokratische Einfluß wäre auf jeden Fall geschwächt, während sie heute noch ganz andre Ansprüche bei der Verteilung des Einflusses stellen kann. Die größere Gefahr jedoch liegt bei einer Entscheidung der Wähler gegen die Sozialdemokratie darin, daß der linke Flügel in der Partei nach seiner ganzen Einstellung sich dafür einsetzt, daß wir uns in dem industriellen Sachsen, dem ehemaligen „roten Königreich“, überhaupt nicht mehr an der Regierungsbildung beteiligen, also auf jeden Einfluß in der Verwaltung verzichten würden. Eine solche Politik ließe darauf hinaus, die bürgerlichen Parteien zu einer Koalitionsregierung zusammenzuzwingen. Es bedarf keines näheren Nachweises, daß die bürgerliche Koalition Gesetzgebung und Verwaltung im einseitigsten bürgerlich-kapitalistischen Interesse handhaben würden. Wir haben aber wirklich kein Interesse daran, einer solchen Entwicklung Vorkurs zu leisten.

In Thüringen haben sich die bürgerlichen Parteien zu einer Wahlkoalition zusammengeschlossen. Erringt diese Koalition die Mehrheit, wird der Wahlkoalition auch die Regierungskoalition folgen. Der Einfluß der Sozialdemokratie wäre dann völlig gebrochen und ausgeschlossen. Auch in Thüringen hätte die Gefahr der bürgerlichen Koalition gebannt werden können durch die große Koalition, die die Sozialdemokratie abgelehnt hat. Bei einer solchen Politik geht es mit dem Einfluß der Ar-

bürgerlichen Koalition gebannt werden können durch die die Partei schließlich wieder den rechten Weg einschlägt, lange dauern, ehe sie sich den Einfluß wieder erringt, den sie nach der Stärke der Arbeiterklasse und der ökonomischen Entwicklung beanspruchen darf. —

Die Arbeitszeitverordnung.

Die unter dem 21. Dezember 1923 im „Reichsanzeiger“ veröffentlichte Arbeitszeitverordnung ist für alle Arbeiter von außerordentlicher Wichtigkeit. Sie spielt in den Verhandlungen mit den Unternehmern eine immer größere Rolle. Ihre wesentlichen Bestimmungen lauten:

§ 1. Die Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. November 1918 und 17. Dezember 1918 und die Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisation vom 18. März 1919 erhalten mit den nachstehenden Veränderungen und Ergänzungen von neuem Gesetzeskraft. Insbesondere darf bei den in Ziffer 1 der Verordnung vom 23. November 1918 und in den §§ 11 ff. der Verordnung vom 18. März 1919 bezeichneten Arbeitnehmern die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit, ausschließlich der Pausen, die Dauer von acht Stunden nicht überschreiten. Jedoch kann der an einzelnen Werktagen für den Betrieb oder eine Betriebsabteilung eintretende Ausfall von Arbeitsstunden nach Anhörung der gesetzlichen Betriebsvertretung durch Mehrarbeit an den übrigen Werktagen der gleichen oder der folgenden Woche ausgeglichen werden.

§ 2. Für Gewerbebetriebe oder Gruppen von Arbeitnehmern, bei denen regelmäßig und in erheblichem Umfang Arbeitsbereitschaft vorliegt, kann durch Tarifvertrag oder, soweit ein solcher nicht besteht, oder doch Arbeitsverhältnisse dieser Art nicht berührt, durch den Reichsarbeitsminister nach Anhörung der beteiligten wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine vom § 1 Satz 2 und 3 abweichende Regelung getroffen werden.

§ 3. Unbeschadet der im § 10 vorgesehenen Ausnahmen dürfen die Arbeitnehmer eines Betriebs oder einer Betriebsabteilung nach Anhörung der gesetzlichen Betriebsvertretung über die im § 1 Satz 2 und 3 vorgeschriebene Höchstarbeitszeit hinaus an 30 der Wochentage des Arbeitgebers überlasteten Tagen im Jahre mit Mehrarbeit bis zu zwei Stunden beschäftigt werden.

§ 4. Die für den Gesamtbetrieb zulässige Dauer der Arbeitszeit kann nach Anhörung der gesetzlichen Betriebsvertretung für weibliche und jugendliche Arbeitnehmer um höchstens eine Stunde, für männliche Arbeitnehmer über 16 Jahre um höchstens zwei Stunden täglich in folgenden Fällen überschritten werden: 1. bei Arbeiten zur Bewachung der Betriebsanlagen, zur Reinigung und Instandhaltung, durch die der regelmäßige Fortgang des Betriebes oder eines fremden Betriebs behindert ist, 2. bei Arbeiten, von denen die Wiederaufnahme oder Aufrechterhaltung des vollen Betriebs arbeitsbedingt abhängt, 3. bei Arbeiten zum Be- und Entladen von Schiffen im Hafen und zum Be- und Entladen sowie zum Verschicken von Eisenbahnwagen, soweit die Mehrarbeit zur Vermeidung oder Befestigung von Betriebsstörungen oder zur Instandhaltung der gesetzlichen Ladefristen notwendig ist, 4. bei der Beaufsichtigung der vorstehend unter Nr. 1 bis 3 aufgeführten Arbeiten.

§ 5. Wird durch Tarifvertrag die Arbeitszeit über die im § 1 Satz 2 und 3 festgelegten Grenzen ausgedehnt, so gelten für die Beschäftigten der Arbeitnehmer, für die der Tarifvertrag verbindlich ist, dessen Bestimmungen an Stelle der Vorschriften des § 1. Die Ausnahmen der §§ 3, 4 und 10 gelten auch neben Tarifverträgen.

§ 6. Soweit die Arbeitszeit nicht tariflich geregelt ist, kann auf Antrag des Unternehmers für einzelne Betriebe oder Betriebsabteilungen eine vom § 1 Satz 2 und 3 abweichende Regelung der Arbeitszeit durch den zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten oder Bergaufsichtsbeamten nach Anhörung der gesetzlichen Betriebsvertretung widerruflich zugelassen werden, sofern sie aus betriebsbedingten Gründen, insbesondere bei Betriebsunterbrechungen durch Naturereignisse, Unglücksfälle oder andre unvermeidliche Störungen, oder aus allgemein wirtschaftlichen Gründen geboten ist. Kommt nachträglich eine tarifliche Regelung zustande, so tritt diese ohne weiteres an die Stelle der behördlichen.

§ 7. Eine Überschreitung der im § 1 Satz 2 und 3 festgelegten Grenzen auf Grund tariflicher Vereinbarungen (§ 5) oder behördlicher Zulassung (§ 6) ist für Gewerbebetriebe oder Gruppen von Arbeitnehmern, die unter besonderen Gefahren für Leben oder Gesundheit arbeiten, insbesondere für Arbeiter im Steinkohlenbergbau unter Tage sowie für Arbeiter, die in außergewöhnlichem Grade der Einwirkung von Hitze, giftigen Stoffen, Staub und dergleichen oder der Gefährdung durch Sprengstoffe ausgesetzt sind, nur zulässig, wenn die Überschreitung aus Gründen des Gemeinwohls dringend erforderlich ist oder wenn sie sich in langjähriger Übung als unbedenklich erwiesen hat und eine halbe Stunde nicht übersteigt. Der Reichsarbeitsminister bestimmt, für welche Gewerbebetriebe oder Gruppen von Arbeitnehmern diese Beschränkung Platz greift.

§ 8 handelt von der Arbeitszeit für den Bergbau unter Tage. § 9. Die Arbeitszeit darf auch bei Anwendung der in den §§ 3 bis 7 bezeichneten Ausnahmen 10 Stunden täglich nicht überschreiten; eine Überschreitung dieser Grenze ist im Falle des § 7 überhaupt nicht und sonst nur aus dringenden Gründen des Gemeinwohls zulässig. Die sonstigen gesetzlichen Vorschriften über den Schutz der Arbeitnehmer, insbesondere der weiblichen und jugendlichen Arbeitnehmer, bleiben unberührt.

§ 10. Die nach dieser Verordnung sich ergebenden Beschränkungen der Arbeitszeit finden keine Anwendung auf vorübergehende Arbeiten, die in Notfällen oder zur Verhütung des Verderbens von

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 4. Januar 1924.

Unbegrenzte Ausbeutung.

Wirklich führende Köpfe in der Wirtschaft haben zwar darauf hingewiesen, daß der Achtstundentag nicht die Ursache des wirtschaftlichen Zusammenbruchs ist und seine Befestigung daher auch nicht die Wirkung haben würde, die sich viele davon versprechen. Aber neben weitsehenden Wirtschaftsführern gibt es Unternehmern mit kleinem Gesichtskreis. Die behaupten, der Achtstundentag sei an allem schuld, er müsse beseitigt werden. In Wirklichkeit denken sie dabei gar nicht an einen Ausbau der Gesamtwirtschaft, sondern wollen nur, daß sie wieder unumjährt als „Herr im eignen Hause“ herrschen können. Kein Tarif und keine republikanische Verordnung soll sie daran hindern. Sie suchen daher mit einer komischen Eifertigkeit in ihren Betrieben den Achtstundentag abzukassieren. Ein Beispiel gibt die Maschinenfabrik Gottfried Keil hier. Sie hat an ihre Angestellten folgenden Erlass gerichtet:

Wir haben, wie bereits mündlich mitgeteilt, die Arbeitszeit geändert, und zwar auf 54 Stunden in der Woche, festgelegt. Veranlassung hierzu war die allgemeine wirtschaftliche Lage, das Erfordernis, viel und schnell zu arbeiten, die allgemeinen Unkosten im Interesse eines gesteigerten Umsatzes zu vermindern. Den äußeren Anstoß hierzu gab die Maßnahme von Behörden und die in Aussicht genommene gleiche Maßnahme anderer Firmen. Es ist dabei Bedingung, daß alle Arbeiter, die sich am Tag einstellen, aufgearbeitet werden und daß auch über die Arbeitszeit hinaus, falls der betreffende Angestellte des Werkes die Arbeit innerhalb der auf etwa 10 Stunden bestehenden Tageszeit nicht leisten kann, fertigt. Überstunden werden grundsätzlich bis auf weiteres nicht gezahlt, werden solche aber in späteren Zeiten von den täglichen Stunden in dem in Anspruch genommenen Maße abzugreifen.

Ob Sonnabends die Tagesstunden vermindert werden, hängt davon ab, ob die Arbeiter voll geleistet, also keine Rückstände verbleiben. Dabei mag es möglich sein, daß vor Vollendung des Monatsunternehmens das Bureau geschlossen werden kann, wie es aber auch im übrigen denkbar ist, daß die Sonnabendstunden auf die vorausgehenden Tage verteilt werden.

Nach diesem solchen Erlass, gibt es bei Keil eigentlich überhaupt keine Begrenzung der Arbeitszeit, denn was heißt „Personen aufarbeiten“? Es sagt sich nur, ob die Firma damit durchkommt. Verkauflich hat sie einen glatten Tarifbruch begangen, denn für die Angestellten besteht noch die tarifmäßige Arbeitszeit von 15 Stunden wöchentlich.

Die Lohnbewegung der Gemeindegewerksarbeiter.

Zu dem Artikel über die Lohnbewegung der Gemeindegewerksarbeiter in Mitteldeutschland, den wir vor einigen Tagen brachten, erhalten wir vom Verband der Kreise und Gemeinden (Arbeitsbeschwergeorganisation) folgende Zuschrift:

Es trifft nicht zu, daß eine Reihe von Mitgliedsvereinigungen des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes der Kreise und Gemeinden ihren Austritt aus dem Verband erklärt hätten, weil etwa einzelne Verwaltungen die Gemeindegewerkslöhne für zu niedrig hielten, sondern richtig ist, daß vielmehr von zahlreichen Verwaltungen der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband dringend ersucht worden ist bei seiner Lohnfestsetzung vor allem die äußerlich vorliegende Finanzlage der Kommunalverwaltungen maßgebend sein zu lassen.

Weiterhin ist der dem Syndikus des Verbandes in den Mund gelegte Anspruch unzutreffend. Der wahre Sachverhalt ist vielmehr der, daß gegenüber der wiederholten Streikdrohung und den Behauptungen der Arbeitnehmer, daß die Reichsarbeiter und die Gemeindegewerksarbeiter wegen ihrer neuen Löhne in den Streik treten würden, der Geschäftsführer des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes, Syndikus Feuerherdt, auf Grund von ihm aus Kreisen der beteiligten Gewerkschaften gewandenen Mitteilungen feststellte, daß die Reichsarbeiter und die Gemeindegewerksarbeiter gar nicht daran dächten, zu streiken, und im übrigen dazu aus finanziellen Gründen auch gar nicht in der Lage wären.

Die in dem Artikel geäußerten Wünsche stellen Arbeitgeberangehörige dar, die sich durchaus im Vergleich zu anderen Löhnen, zu Löhnen der Vorkriegszeit und mit Rücksicht auf die Finanzlage der Städte rechtfertigen lassen. Zudem haben die Arbeitnehmer einen Einigungsantrag des Reichsarbeitsministers, der die gleichen Lohnsätze vorschlägt, angenommen.

Unter dem Namen, der den in Frage kommenden Artikel über die Lohnbewegung der Gemeindegewerksarbeiter betraf, erwidert auf die Mitteilung der Arbeitsbeschwergeorganisation:

Aus welchen Gründen eine Anzahl Städte und Gemeinden den oft unnötigen Kampf auf der Linie „Breiter Weg—Kommunen-Einigungsamt—Berlin Zentralauschuß“ nicht mehr mitmachen wollten, der in den wochenlangen Hin und Her die Arbeiterschaft stets stark erregte infolge der Art und Weise, wie der A. G. B. seine Absichten durchdrücken wollte, soll an dieser Stelle nicht erörtert werden. Der Versuch, eine derartige wenig überlegte Lohn- und Tarifpolitik damit zu führen, daß man Verwaltungen und Steuerzahler vor seinen verfahrenen Karren spannt, sie vor den hohen Löhnen der Gemeindegewerksarbeiter grübelig machen will, ist schon so oft gemacht worden, daß wir wirklich geglaubt hätten, man könnte endlich darauf verzichten. Man will auch besonders den Beamten und Angestellten gegenüber recht beweiskräftig und Überzeugend auftreten können, und glaubt den genannten Gruppen gegenüber mit den „hohen“ Löhnen der Gemeindegewerksarbeiter operieren zu können. Auch damit dürfte man wenig Glück haben.

Auf die merkwürdige Art der Vertretung des A. G. B. durch Vertretung der Altersgrenzen, Betriebsverträge — Betriebsverträge deshalb, weil in Berlin festgestellt wurde, daß im Vertragsgebiet eine Maschinenfabrik besteht usw. — den Lohn und den Tarif abzubauen, soll hier auch nicht eingegangen werden. Die Vertretung der Arbeitnehmer hat ein ernsthaftes Eingehen auf diese Absichten bei den Verhandlungen abgelehnt. Bei diesem Abwehrgesicht kam dann der falsche Zungenstich des Syndikus Feuerherdt, der seinem Herzen zu vorzeitig Luft machte. Daß dem so war, bewiesen die folgenden mehrmaligen Versuche des Vorsitzenden, den Anspruch abzuschwächen. Ein Wort zu der Behauptung, das Angebot bewegte sich durchaus im Rahmen der Vorkriegszeit. Tatsache ist, daß z. B. in Magdeburg der Höchstlohn nicht 41 Pfg., sondern 15 Pfg. war. Dabei sind aber die Preise für die notwendigen Lebensmittel viel höher als in der Vorkriegszeit.

Preise für Fleischwaren.

Table with 2 columns: Item name and Price. Items include Rindfleisch mit Knochen, Rindfleisch ohne Knochen, Kalb, etc. Prices range from 0.60 to 1.00 Mark.

— Einen Engpaß für Fuhrwerke bildet in diesen Schneetagen die Große Münzstraße. Die aufgeschauften Schneewälle links und rechts schmälern die Straßenbreite derart, daß sich zwei Wagen nur mit Mühe ausweichen können. Kommt dazu noch, daß Wagen halten oder daß Kohlen, Holz oder andre Waren abgeladen werden, so treten Störungen ein, die nur mit großem Geduldsverlust und Stimmenaufwand behoben werden. Es wäre besser, wenn der Schnee in dieser stark befahrenen Straße nicht erst aufgeschauft, sondern ohne weiteres und öfter abgefahren würde. Es muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Große Münzstraße die wichtigste Verbindungsstraße der inneren Stadt mit den westlichen Stadtteilen ist. Die Mühsalstraße ist belämmlich für Autobetrieb gesperrt.

— Ärzte und Krankenschwestern. Der Reichsauschuß, der nach dem Ausnahmegesetz vom 30. Oktober als oberste Instanz, hinsichtlich zur endgültigen Regelung der Beziehungen zwischen Ärzten und Krankenschwestern aufstellen soll, mit auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums am Freitag unter Vorsitz des Ministerialdirektors A. D. J. Jorjums zu seiner ersten Vollversammlung zusammen. Dem Ausschuß gehören außer den Ministerialdirektoren Dammann und Grise als Unparteiischen je fünf Vertreter der Ärzte und Krankenschwestern an. Vor der Reichsauswahl an die Entscheidung der ihm obliegenden Aufgaben herangeht, wird er Stellung nehmen zu der Forderung der Ärzte, daß die Kassen zwecks Aufhebung des verhängnisvollen Zustandes in die Wiederherstellung der früheren Verträge willigen.

— Das gute billige Buch wird heute mehr denn je gewollt. Denn erst recht in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges ist es die besten Angelegenheiten und Beamten ein Bedürfnis, geistig auf der Höhe zu bleiben, sich durch gute Lektüre über den Alltag und das Geschehense zu informieren. Bücher sind nun zwar nicht teuer, aber doch in den letzten Jahren sehr teuer. Daher ist es sehr zu begrüßen, daß eine Reihe von Verlegern kleine handliche, dabei schmackhafte Ausgaben herausgegeben haben, die im Preise so niedrig sind, daß jeder sich mit einem guten Buche eine Festerkunde im eignen Heim bereiten kann. Billigen Ausgaben von Werken nur guter bekannter Verfasser, wie Storm, Goethe, Zimmermann, Keller u. a. sind oft noch illustriert. Eine Ausgabe dieser billigen Bücher zeigt augenscheinlich die Buchhandlung „Volk und Welt“. Ein Beamten der Ausgabe empfiehlt sich für jeden der Interesse an guter billiger Lektüre hat.

— Steuerabzug vom Kapitalertrag. Nach Artikel 1 § 27 der zweiten Steuerreformverordnung unterliegen Zinsen wertbeständiger Anleihen und Dividenden, die im Jahre 1924 fällig werden, dem Steuerabzug vom Kapitalertrag. Die Steuer beträgt 10 vom Hundert des jeweils fällig werdenden Gesamtertrags. Der Schuldner hat die Steuer unter der Bezeichnung „Steuerabzug vom Kapitalertrag“ für Rechnung des Gläubigers bei Fälligkeit einzubehalten und binnen einer Woche an die für ihn (den Schuldner) zuständige Finanzkasse (nicht Gemeindefasse) abzuführen. Mit der Abführung hat der Schuldner eine Quittung über den fälligen Gesamtertrag bei dem für ihn zuständigen Finanzamt einzureichen und dabei auch den Tag, der Fälligkeit des Kapitalertrags anzugeben. Zinsen nicht wertbeständiger Anleihen (z. B. für alten Reichs- und Staatsanleihen), Hypothekenzinsen und Zinsen sonstiger Forderungen unterliegen dem Steuerabzug vom Kapitalertrag nicht. Die Zinsen der wertbeständiger Anleihen des Reichs (Dollarschuldenanweisungen, Goldanleihe, die 4prozentigen Goldschuldenanweisungen vom Dezember 1923 und sog. A-Schätze) sind ausweislich vom Steuerabzug befreit.

— Briefzustellung. Von Montag den 7. d. M. an findet die Briefzustellung in Magdeburg und Vororten an den Werktagen zweimal statt. Der Beginn der ersten Zustellung ist wie bisher auf 7 Uhr vormittags festgesetzt, sie wird gegen 10 1/2 Uhr vormittags beendet sein. Die zweite Zustellung beginnt um 2 Uhr nachmittags und dauert bis gegen 4 Uhr nachmittags. Bei den Vorortpostämtern in Magdeburg-Buckau, Neustadt und Sudenburg beginnen die Zustellungen 1/2 Stunde später. Die Sonntagszustellung beginnt wie bisher 7 Uhr vormittags und wird gegen 11 Uhr beendet sein.

— Einkommensteuermarken auf Goldbasis. Die Postämter werden vom 10. Januar an nur noch auf Goldmark lautende Einkommensteuermarken herausgeben. Ueber Papiermark lautende Marken dürfen nur noch für den Steuerabzug aus dem Kalenderjahr 1923 und in denjenigen Fällen verwendet werden, in denen Steuermarken für 1923 vor dem 10. Januar 1924 gefolgt werden mußten.

— Verwässerte Milch. Die Milchhändler Wilhelm Wintelmann, Frankensroge 9, Heinrich Weigner, Breiter Weg 249, und der Milchhändler Hermann Dehn, Breiter Weg 253, erzielten Gefängnis- bzw. empfindliche Geldstrafen, weil sie Milch verkauft haben, der Wasser bzw. Magermilch zugelegt war.

— Zirkus Hennig. Der Sonntag nachmittags mit seinen Kindern in den Zirkus gehen will, kauft sich vorher schon Karten. Trotz der an sich schon billigen Eintrittspreise zahlen Kinder nachmittags nur die Hälfte. Abends 7 1/2 Uhr bei besten Geistes Zirkus die neuen Januar-Attraktionen, so das Führen der Werberlöwen in der Manege, Wilkes Gefangen, die schneidigen Edmonds, der feuchtsaffe Blumengarten usw. Die Nachmittagsvorstellung bietet einen unverfälschten Spielplan.

— Tätigkeit der Feuerwehr im Monat Dezember. Im Dezember wurde die Feuerwehr 43mal alarmiert. Die Alarmierungen betrafen 6 Großfeuer (hierzu 2 außerhört), 3 Mittelfeuer, 15 Kleinfeuer, 1 Schornsteinbrand, 6 blinde Alarmerie und 14 Hilfestellungen. Von 6 blinden Alarmen waren die Feuerwehler diesmal in böswilliger Absicht betätigt. Die Sanitätsabteilung der Feuerwehr trat 348mal in Tätigkeit. Auszuführen waren 342 Transporte mit Krankenwagen, 203 Personen wurden in Krankens- und Pflegeanstalten verbracht, 79 Personen in ihre Wohnungen. Von den Transportierten waren 28 verunglückt, 314 erkrankt; 8 Personen mußten, da ansiehend erkrankt, mit besonderem Wagen transportiert werden. Die Unfallzufälle stellen der Feuerwehr wurden 6mal in Anspruch genommen.

— Lebensmüde. Die unerschöpfliche Ami O. stürzte sich am Donnerstagabend aus einem Fenster des zweiten Obergeschosses Cranienstraße 3 in selbstmörderischer Absicht und erlitt einen Bruch des rechten Oberarmes. Die Lebensmüde wurde dem Krankenhaus Altstadt zugeführt.

— Kleinfurter. Am Mittwoch nachmittags 2.30 Uhr wurde der Löschzug 1 der Feuerwehr nach Hanfstraße 1 gerufen. In einem Wohnzimmer waren Möbelstücke so nahe an einem geheizten Ofen aufgestellt, daß ein Stuhl und eine Stiepledade in Brand gerieten. Die Gefahr war bald beseitigt.

— Besondere, Ortsgewerbe Magdeburg. Heimstätten-Vereinigung am Sonntag den 6. Januar, vorm. 11 Uhr. Treffpunkt Bauverein Stoppfstraße der Heimstätten-Baugenossenschaft. Gäste herzlich willkommen.

In der Familie.

Von Guy de Maupassant.

Die Straßenbahn von Neuilly war schon durch die Post-Mailen gefahren und ging mit die ganze lange Allee hinunter, welche bis zur Seine führt. Die kleine Maschine, welche den Wagen zog, ließ es und zu ein Hornsignal ertönen, um den Weg frei zu machen; das Ausstoßen ihres Dampfes glich dem Aufschlagen eines Meeres. Der sich außer Atem gelaufen hat, während die rasch dahineilenden Motoren das Geräusch eilig laufender eiserner Räder machten. Die drückende Hitze eines Sommermittags lagerte auf dem Weg und, obwohl sich kein Süßchen zeigte, erfüllte dennoch ein weißlich-undurchsichtiger Schleimhauch die heiße Luft, der sich auf der feuchten Haut festsetzte, die Augen anfüllte, ja sogar beim Atemholen in die Lungen kam.

Zu allen Türen traten Leute heraus, die frische Luft schnüffeln wollten.

Da alle Wagenfenster herabgelassen waren, so flatterten die Vorhänge im Winde, den die schnelle Fahrt erzeugte. Nur wenige Personen befanden sich im Innern des Wagens (denn die meisten zogen an so heißen Tagen die Vorder- und Rückbank vor). Es waren meist diese Damen mit lächerlichen Toiletten, Bürgerfrauen aus den Vorstädten, welche die Vornehmheit, die ihnen abgeht, durch eine prächtig angelegte, angemessene würdige Miene zu ersetzen versuchen; oder vom Bureau dienst erwartete Herren mit wachgeküßten Gesichtern, gebeugter Haltung und einer, durch die lange Schreibarbeit etwas gehobenen Schulter. Auf dem nützlichen und traurigen Gesichtern lagen die Sorgen ihrer armen Bedienten, die unaufhörliche Geduld, die früheren Hoffnungen, die nun zu Grabe getragen sind; denn sie gehörten alle zu der großen Armee schwebender Leute, die bei äußerster Sparfamkeit in einem der bescheidenen Häuschen mit niedrig umgärteten Gärten, wie sie in diesen, Paris begrenzenden Salzkammerjüssen zu finden sind, notdürftig vegetieren.

Ganz dicht bei der Tür plauderte ein kleiner, bieder Mann, mit aufgedunsenem Gesicht und starrem Blicke, der zwischen seinen freigelegten Beinen herabging, mit einem großen, magern Herrn, dem ein zu tief ausgehöhlter Gemütsboden ein naches Ansehen gab; der erriete war ganz schwarz gefleckt und trug das Band der Ehrenlegion, während der Andere keine

langen Glieder in einen schon sehr schmutzigen weißen Baumwollanzug geschüllt hatte; sein Haupt bedeckte ein alter Panamahut. Der Dicke sprach langsam und zögernd, so daß es manchmal schien, als ob er stotterte; das war Herr Caraban, Oberbeamter im Marineministerium. Der andre, ein früherer Unterarzt auf einem Kaufschiff, hatte sich schließlich am Nord-Pol von Courbevoie angesetzt gemacht und ließ der elenden Bevölkerung dieses Ortes die zweifelhaften medizinischen Kenntnisse zusammen, welche er sich im Lauf eines abenteuerlichen Lebens noch erhalten hatte. Er hieß Chenev und ließ sich Doktor nennen. Seine Moral war nicht ganz unbedenklich.

Herr Caraban hatte immer das normale Leben eines Bureauisten geführt. Seit dreißig Jahren ging er unausgesetzt auf sein Bureau, jeden Morgen machte er denselben Weg zur selben Stunde, traf am gleichen Orte stets dieselben Menschen, welche auch ihren Geschäften nachgingen; jeden Abend ging er auf demselben Wege zurück, wo er wieder denselben Gespieler fand, die er hatte als werden sehen. Täglich kaufte er sich an der Ecke des Faubourg-Saint-Honoré für einen Sou seine Zeitung und holte seine zwei Frühstückbröden, dann ging er ins Ministerium, wie ein Verbrecher, der sich selbst im Gefängnis befindet; schnell eilte er auf sein Bureau, immer mit der geheimen Furcht vor einem Ruffel für irgendeine Nachlässigkeit, die er sich hatte zuschulden kommen lassen.

Nichts hatte jemals die immer gleiche Ordnung seines Daseins gestört, weil ihn kein Ereignis berührte, welches außerhalb seiner Bureaugeschäfte, der Beförderungen oder der Gratifikationen lag. Ob er nun im Ministerium oder zu Hause in seiner Familie war (denn er hatte die Tochter eines Kollegen ohne Mühe geheiratet), er sprach nie von etwas andrem als von seinem Dienst. Nie stiegen in seinem, durch die täglichen Geschäfte herbeizumant und zusammengeknüpfen Gehirn andre Gedanken, andre Hoffnungen auf als solche, welche sich auf sein Ministerium bezogen. Nur eine Sache verbiterte ihn und bezog die Gefühlsregung seiner Bedienten: die Anstellung der Marine-Kommissarien, dieser Klempner, wie man sie ihrer silbernen Galons wegen nannte, als Ober- und Unterhefs; jeden Abend erleserte er sich in bereiten Worten bei Tisch gegen seine Frau, welche übrigens seine Ideen teilte, wie unwürdig es in jeder Beziehung sei, derlei Leute, die für die Seefahrt bestimmt waren, in Bureau-Stellungen zu beschäftigen.

Er war mittlerweile alt geworden, ohne daß ihm diese Tatsache zum Bewußtsein gekommen wäre, denn bei ihm war auf die Schule das Bureau gefolgt und wie dort vor dem Aufsichtlehrern zitterte er heute vor seinen Chefs, welche ihm ebenso frechbar waren. Schon die Schwelle des Zimmers, in dem einer dieser Hausfrauen ironisch, machte ihn vor Kopf bis zu den Knien erbeben, diese unausgesprochene Furcht gab ihm linksche Manieren, eine debote Haltung und eine Art von nervösem Stottern beim Sprechen.

Er kannte Paris nicht anders als ein Wunder, den jeir Hund jeden Tag vor dieselbe Tür führt; wenn er in seiner Zeitung für einen Sou die Ereignisse und Skandale las, so betrachtete er diese Dinge nicht anders, als ob es phantastische Erzählungen wären, die nur zur Unterhaltung und Zerstreuung der kleinen Beamten erfunden würden. Als Mann der Ordnung und Reaktions ohne bestimmte Parteifarbe war er ein abgelegter Feind jeder „Reuerung“, den politischen Teil seines Blattes, der übrigens immer noch dem Bedürfnis der Faktion abgefaßt war, welche das Blatt bezahlte, las er ohne besonderes Interesse. Wenn er allabendlich durch die große Allee der Champs-Élysées fuhr, so betrachtete er die wogende Menge der Spaziergänger und die rollende Flutwelle der Equipagen wie ein verrückter Reisender, der ferne Länder durchwandert.

Da er in diesem Jahre seine dreißig obligatorischen Dienstjahre zurückgelegt hatte, so war ihm am ersten Januar des Kreuz der Ehrenlegion zuteil geworden, welches in den mittleren Reihen der Verwaltung die Belohnung für eine lange und elende Knechtschaft (man nennt das: treue Dienste). — Dieser, an ihre grünen Karbons geschmiedeten Strahlänge bildet. Die unerwartete Würde gab ihm von seinen Fähigkeiten eine ganz neue, sehr hohe Meinung und änderte von Grund aus seine bisherigen Gewohnheiten.

Von diesem Zeitpunkt an unterdrückte er die farbigen Beinreiter und die Phantasiereiter, er trug nur noch schwarze Hosen und lange Röcke, auf denen sich sehr breit gehaltenes Ordensband besser ausnahm; alle Morgen rasierte er sich und ordnete seine Ärmel sorgfältig, auch wechselte er, in einem legitimen Gefühl von Schamhaftigkeit und Achtung für den nationalen Orden, dem er nun angehört, seine Wäsche an jedem zweiten Tag; er war mit einem Schlag ein anderer Caraban geworden: reinlich, majestätisch und herablassend.

(Fortsetzung folgt.)

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 3. Januar 1924.

Reichsindex.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Kleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für Sonnabend den 29. Dezember, dem wegen des Jahreswechsels an Stelle des Montags gewählten Erhebungstag, auf das 1147milliardenfache der Vorkriegszeit. Gegenüber dem 22. Dezember (1150milliardenfache) ist demnach eine Abnahme von 0,3 v. H. zu verzeichnen.

Auch in der letzten Woche hat sich die amtliche Messzahl der Lebenshaltungskosten kaum noch verändert. Der Preisabfall ist somit schon seit Mitte Dezember 1923 zum Stillstand gekommen. Hohe des Preisabfalls in der ersten Dezemberhälfte sind die Lebenshaltungskosten im Monatsdurchschnitt noch ganz wesentlich höher als im November. Für den Durchschnitt des Monats Dezember berechnet sich die Reichsindexziffer auf das 1247milliardenfache gegenüber dem 857milliardenfachen im Durchschnitt des Monats November; das entspricht einer Steigerung von 69,8 Prozent. Die Lebenshaltungskosten ohne Bekleidung sind im Durchschnitt im Dezember auf das 1132milliardenfache, die Ernährungslosten allein auf das 1512milliardenfache der Vorkriegszeit gestiegen.

Der Lohnsteuerabzug auf Goldlohn.

An Stelle des jetzt von Woche zu Woche wechselnden Lohnabzugs sind vom 1. Januar 1924 an feste Verhältnisse getreten. Die Ermäßigung beträgt vom neuen Jahre an ohne Rücksicht auf die Höhe des Arbeitseinkommens für den Wochenlohnempfänger 12 Goldmark monatlich, bei kürzeren Zeiträumen 2 Goldmark täglich, für den Stundenarbeiter 1/2 Goldmark für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden. Der Gehaltsempfänger, der keine Bezüge pränumerando für einen Monat ausgezahlt erhält, hat Anspruch auf eine Ermäßigung von 50 Mark. In den genannten Ermäßigungsstufen sind das sogenannte steuerfreie Existenzminimum für den Arbeitnehmer selbst und die Werbungskosten enthalten; von dem diesen Ermäßigungsbeitrag übersteigenden Arbeitslohn werden 10 v. H. in Abzug gebracht. Bezieht ein Arbeiter 25 Mark Lohn monatlich, so stellt sich die Steuerrechnung folgendermaßen:

Table with 2 columns: Item, Amount. Includes 'Wochenlohn' (25 Mark), 'Steuerfrei' (12 Mark), and a total of 13 Mark.

Steuer 10 v. H. = 1,30 Mark. Wenn der Arbeiter verheiratet ist, ermäßigt sich der Steuerabzug um 1 v. H. und außerdem für jedes Kind um 1 v. H. Sind zwei Kinder vorhanden, dann beträgt der Abzug 7 v. H. Es werden in dem hier angenommenen Falle nicht 1,30 Mark, sondern 91 Pfg. abgezogen.

Verdient ein Angeheuer pro Monat 150 Mark, so berechnet sich die Steuer wie folgt:

Table with 2 columns: Item, Amount. Includes 'Monatsgehalt' (150 Mark), 'Steuerfrei' (50 Mark), and a total of 100 Mark.

Steuer 10 v. H. = 10 Mark. Ist der Angestellte verheiratet, so tritt wieder die angegebene Ermäßigung ein. Wenn zwei Kinder vorhanden sind, werden 7 v. H. abgezogen, also monatlich 7 Mark.

Die Lohnsteuerbeiträge sind bei Zahlung in Monatsbefehlen bis zum fünften Tage nach Ablauf der Befehle in die Finanzkasse abzuführen, auch bei der Arbeitgeberin während des Jahres jeden Monatsbetrags der Finanzkasse eine Bescheinigung zu übersenden, in der die Nebeneinkünfte der im abgelaufenen Monatsmonat abgeführten Steuerabzüge mit der Summe der monatlich einbehaltenen Beiträge verglichen wird. Neu ist die Bestimmung, daß auch die Aufwandsüberschüsse abzuführen sind, die den in privaten Dienstverhältnissen lebenden Personen gewährt werden, dem Steuerabzug unterliegen. Es ist aber kaum anzunehmen, daß diese Vorschrift durchzuführen werden kann. Sie steht im Gegensatz zu den sonstigen Entscheidungen des Reichsfinanzrats, der wiederum darin erkannt hat, daß die Finanzbehörden zwar das Recht der Abschätzung der Einkünfte der gesamten gezahlten Aufwandsüberschüsse haben, daß diese Abschätzungen aber, soweit sie in angemessenem Verhältnis zu den durch die Stellung entfallenden besonderen Ausgaben für den Aufwand stehen, nicht steuerpflichtig sind.

Die neue Regelung des Lohnsteuerabzugs bedeutet für die Arbeitnehmer eine Befreiung, die ihnen zu erlangen ist. Man bedenke, daß ein verheirateter Arbeiter, der zwei Kinder zu ernähren hat und einen Wochenlohn von 25 Mark bezieht, jährlich 46 Mark abgezogen bekommt, ein Angestellter mit gleich hohem Familienstand dem Vergleich mit dem monatlich 150 Mark nur noch jährlich 64 Mark abgeben lassen. Der Staat ist in finanzieller Not, aber diese Not kann nicht beseitigt werden durch eine herkömmliche Steuererhöhung gerade der wertvollsten Schichten des Volkes.

Bergtriffl.

Ein Weihnachtsgeheimnis.

Von Herbert Eißler.

(A. Fortsetzung.)

Der Schürer trat meistens des Abends und ließ sich von ihm alles erzählen. Als er gegen den Kopf des Kindes kam, trofen sie Götter an denen der Schürer lag. „Das sind keine Götter, das sind Götter meiner Art.“ Die Götter sind ich und die Götter sind ich, die vielen Stimmen, die aus dem Kinde kamen, erglänzte, kam wieder eine Erklärung kam auf die Bergtriffler zu. Es war der aus dem Kinde erglänzte Schürer, der an der Spitze seiner Götter, seiner Götter und anderer Götter lag. „Es sind die Götter der Götter und über die Götter gesprochen, wie es zu sagen.“ Der Schürer seinen Götter...

Zersplitterer an der Arbeit.

Die Not der Erwerbslosen ist schier unerträglich, und viele wären schon völlig im Glend erstickt, wenn nicht Partei und Gewerkschaften ihre ganze Kraft darauf verwenden hätten, Binderung und Abhilfe zu schaffen. Diese von gewisser Seite arg verächtlichen „Inflanzen“ stehen den Erwerbslosen mit Rat und Tat zur Seite und drängen darüber hinaus mit größtem Nachdruck Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden, sich mehr als bisher dem Problem der Erwerbslosigkeit zu widmen und für lohnende Beschäftigung oder ausreichende Unterstützung der Erwerbslosen zu sorgen.

Diese Tätigkeit wird von vielen nicht gesehen, da sie sich in den meisten Fällen nicht vor aller Augen abspielen kann, auch läßt sich nicht zahlenmäßig nachweisen, wieviel tiefer die Erwerbslosen auf der Glendebahn herabgeglitten wären, ohne den Kraft, den sie in Partei und Gewerkschaften haben. Dazu der knurrende Magen und die dauernde Sorge. Da werden Verzweiflung und Misgunst verständlich.

Unverständlich und überaus gefährlich ist es aber, wenn unverantwortliche Elemente die Not der Erwerbslosen für dunkle Zwecke auszunutzen wollen. Wider besseres Wissen rufen diese den Erwerbslosen zu: „Die „Bongen“ haben schon an euerem Glend. Diese brachten nur zu wanken und alles wäre besser.“

Solchem dunkeln Zwecke dient auch eine für Freitag vormittag nach dem „Hoffener“ einberufene Erwerbslosen-Versammlung. Einberufen ist ein von einigen Nichtorganisierten bestellter „Erwerbsloserrat“, die Funktion des berühmten Damm-Vöthger-Konjunktions. Eingeladen sind diesmal die Betriebsräte. Hauptgegenstandspunkt ist die Demutierung der Gewerkschaften. Um vorzutauschen, der Einberufer wäre der gewerkschaftliche Erwerbsloserrat, tragen die Einladungen einen entsprechenden Stempel. Also mit der Fällung beginnt das Treiben schon.

Die Betriebsräte werden dieser Einladung keine Folge leisten, wie wir auch die organisierten Arbeitslosen bitten, diesem verderblichen Treiben fernzubleiben. Denn es schafft unnötige Verwirrung und Zersplitterung und kann letzten Endes das Glend nur verzögern. Weder, wer sich in solcher Versammlung eine andere Meinung erlaubt, als irgendein Wohllopf, der sich „Führer“ nennt. Wir denken zurück an ähnliche Versammlungen in Magdeburg, wo Arbeitersekretäre von der Bühne gegerzt und durch den Saal geschleift wurden. Das nennt man denn: die Not der Erwerbslosen praktisch beheben.

bleibt dem Treiben fern, Erwerbslose! Schart euch um bewährte Führer und verbrant eure besondere Interessenvertretung dem gewerkschaftlichen Erwerbsloserrat an, der mit diesen Elementen nichts gemeinsam hat. Denn wollen wir unser Glend weichen, dann brauchen wir engen Zusammenhang und nicht Verwirrung und Zersplitterung.

Verenigte Sozialdemokratische Partei.

Landstimmung am Montag den 7. Januar, nachmittags 5 Uhr. Bezirk Braukau. Am Montag den 7. Januar, abends 7 1/2 Uhr, für-Veranstaltung im Franke-Jugendheim.

Opfer der Arbeit.

Am Mittwoch nachmittags gegen 3 Uhr explodierte in der Maschinenfabrik von Stiegler, Königshorner Straße 16a ein großer Acetylenkeffel, als man versuchte, das ihn umgebende Eis aufzulösen. Hierbei wurden der Schweißer Fritz Stiemig und der Arbeiter Dito Hartmann, beide verheiratet, sofort getötet, der Kupferschmiedemeister und ein Lehrling trugen Verletzungen davon.

Ueber die Ursache der Explosion wird mitgeteilt: Das in den Entwidlern erzeugte Gas sammelt sich in einem großen elodentartigen Kessel, der auf Wasser schwimmt. Je nach dem Druck des Gases hebt oder senkt er sich. Das sogenannte Verdichtungsgefäß, auf dem er schwimmt, war nun eingetroren. Die veranlagten Leute hatten den Kessel des Eis aufzulösen. Soweit die Feststellungen bisher gegeben haben, bedienten sie sich bei ihrer Arbeit neben heißem Wasser auch einiger Glimmlangen, um das Eis von den Kessel abzulösen. Man nimmt nun an, daß dabei ein Funke entstand, der in den Kessel überging und dadurch das in diesem befindliche Gas zur Explosion brachte.

Diese Katastrophen berechnen allerdings im wesentlichen noch auf Verunreinigungen und Kombinationen. Gewissermaßen Kaffschuß wird man erst geben können, wenn die Untersuchungen abgeschlossen sind.

Die Nacht der Explosion muß unglücklicher gewesen sein, denn die beiden getöteten Arbeiter wurden durch das Dach des Raumes geschleudert. Das Dach selbst, das nach den Vorschriften für Räume dieser Art leicht gebaut ist (damit es sich bei Unglücksfällen ohne großen Schaden heben), wurde herabgerissen. Die außerordentlich festen, massiven Mauern, die ebenfalls nach Vorschrift eingerichtet waren, wurden niedergelagt.

Die Lebendviehpreise sind auf dem heutigen Viehmarkt von der Lebensmittelkommission z. Z. wiederum merklich herabgesetzt worden. Für Rinder wurden als Höchstpreis 48 Pf., für Kühe 75 Pf., für Hammel 50 Pf. und für Schweine 75 Pf. für das Pfund festgelegt. Danach dürften auch die Lädenverkaufspreise für Fleisch- und Wurstwaren weiter sinken, so daß bald die Friedenspreise erreicht sind, was sehr zu wünschen wäre.

Die Zahlungen an die Kleinfamilienrentner können, so wird amtlich bekanntgegeben, am 5. und 6. Januar nicht stattfinden, da die Reichsregierung Geld noch nicht zur Verfügung gestellt hat. — Was sollen nun die Unterhaltungsgebährigen anfangen?

Neue Schulfeldzüge gibt der Magistrat im Anzeigenteil bekannt.

Gutscheine für Cracau und Preßer. Die Verwaltung der Licht- und Wasserwerke teilt mit, daß auf Wunsch der Einwohner von Cracau und Preßer beschuldigt wieder wöchentlich einmal, und zwar jeden Sonnabend in der Zeit von 9 bis 12 Uhr in der Verwaltungsstelle Cracau Gutscheine für Gas, Strom und Wasser verkauft werden.

Die Elbe steht. Wie die Elbfloraubverwaltung mitteilt, ist in der Nacht zum Donnerstag auf der Elbe Eisstand eingetreten. Das Eis steht bis unterhalb Harburg. Dieser Winter hat also wieder ganze Arbeit geleistet. Es wird lange dauern, bevor die Besede der Elbe wieder verschwindet.

Heimstätten. Die Ortsgruppe Magdeburg des Bundes deutscher Vordenreformer. Wichtig am 6. Januar unter Führung des Architekten Lippmeier die von der Heimstätten-Vereinigung Harburg- und Nienstedter Straße neu errichteten, in Höhe des Reichsplatzes, Güte und willkommen. Treffpunkt Bauverein in der Klippenstraße 11 Uhr vormittags.

Die Mittelstandsfürsorge ist zum Weihnachtsfest in ihren Bestrebungen überaus reger unterzucht worden, so daß es ihr möglich war, vielen von der Schwere der Zeit Bedrängten eine Weihnachtsfreude zu bereiten. Spenden in Gestalt von Geld, Kleidungsstücken und vor allem auch Lebensmitteln gingen ein und insbesondere ist die Gefreundigkeit der geschlossenen Wohlfühlkolonien: Kruppkolonie, Köpfergarten sowie Herrnhutkolonie hervorzuheben. Die MittelstandsFürsorge verbindet mit dem Danke an alle freundlichen Spender die Bitte, ihrer auch im neuen Jahre zu gedenken.

Zirkuskunst. Der Zirkus Genny bietet seit 1. Januar ein neues Programm. Er läßt sich nicht betren, weder von der wirtschaftlichen Not, noch von der Ungunst der Jahreszeit. In seinem Programm ist von einem „Abbau“ nichts zu bemerken, weder in der Qualität noch in der Quantität. In diesem beharrlichen Mühen, eine ursprüngliche Zirkuskunst gegen alle Zeitströmungen zu erhalten, zeigt sich auch Heidentum. Zirkuskunst ist deshalb echte Volkskunst, weil sie sich ganz auf das Auge einstellt. Sie verherrlicht das Körperliche, die Schönheit in Mensch und Tier und sucht für körperliche Kraft immer neue Formen des Ausdrucks. Sie wickel dabei häufig als Aufführerin, daß Geheimnisse des Körperlichen auf, die der gewöhnliche Sterbliche, aus steifen Knochen und weichen Muskeln zusammengekehrt, kaum ahnt. Sie findet auch im Tiere Fähigkeiten und Eigenschaften, die sonst unerkannt bleiben. Zirkus Genny pflegt Zirkuskunst in bester Art. Es ist uns nicht möglich, jede Nummer des sehr reichen Programms besonders zu besprechen. Reiter und Reiterinnen, kühn und elegant, Kämpfer auf der ebenen Erde, Künstler auf dem Seil, Nichtigkeit und Tierdressur, lustige Einfälle der Spaßmacher wechseln einander ab. Pferde, Hunde, Büffel, Elefanten, Löwen müssen sich dem Menschen fügen. Ein bunter Reigen im bunten Lichte. Zirkuskunst!

Verloren hat ein armer Jubalide, als er in der Silbernacht in seinem „Selbstfahrer“ — er kann nicht mehr gehen — den Breiten Weg hallierte, einen braunen Luffack. Er hofft, daß ihm der Finder sein Eigentum wieder zufließt. Zu richten an H. Krüger, Braunschweigstraße 12a.

Kleinfener. Durch hartes Heizen einer fehlerhaften Heizanlage in einem Laden des Hauses Alter Markt 22 war am Donnerstag vormittag nach 9 Uhr ein Schrank in Brand geraten. Beim Eintreffen des alarmierten Löschzugs der Hauptfeuerwache war die Gefahr schon beseitigt.

Sozialistischer Arbeiter-Jugendbund Groß-Magdeburg.

Jungsozialisten Freitag pünktlich 8 Uhr erscheinen. Jeder bringt einen Kohlenform mit.

Theater, Konzerte, Vorträge zc.

Stadttheater. Freitag (2. Abend): Nigolotta. — Sonnabend (3. Abend): Die Räuber des Nienand. — Sonntag (Anrecht aufgegeben): Fideleio (unter Leitung des Herrn Generalmusikdirektors Professor Hermann Abendroth, Köln). — Einmalige Aufführung von „Fideleio“ unter Leitung des Herrn Generalmusikdirektors Hermann Abendroth (Köln). Am Sonntag wird Herr Generalmusikdirektor Hermann Abendroth (Köln) die musikalische Leitung des „Fideleio“ übernehmen. Das Werk ist in der Neuaufbereitung mit Frau V. Gorenitz in der Titelrolle, Herrn Springer als Nocco, Herrn Roscoe als Forestan und Herrn Gaebler als Phetro heraus.

Anberwiegende Verpflichtungen des musikalischen Leiters machen eine Wiederholung des Werkes unmöglich.

Wilhelm-Theater. Freitag (Vorstellung für die Weltbühne, 1. Abend): Der zerbrochene Krug, darauf: Eine Abrechnung. — Sonnabend (Vorstellung für den Gewerkschaftsbund der Angestellten): Die Caaja Rajer. — Sonntag (offene Vorstellung): Die Caaja Rajer.

Zirkus Genny. Abends 7 1/2 Uhr, Sonntags auch 3 1/2 Uhr der Qualitäts-Spielplan mit den neuen Attraktionen, den Witzigen Elefanten Heinz herrschen Berberlöwen, 6 Edmonds am Dressirk, Blumenarten von Frau Dir. Gleich, Summeitänzer Harburg usw. — Kinder nach dem Preise.

„Ja“ sagte Michael, „ich habe es gesagt, weil die rote Farbe nicht auf dem Ströbstein steht und die Götter, dieses als Zeichen erkennen, das verabschiedet werden war. Ich sagte auch, daß auf diesem Wege da alle herabkommen müssen, weil man über die Rand nicht gehen kann.“ Und wie nieder und dankte Gott auf den Armen, mein Schürer, ich der Hüter der, daß kein Wind gegangen ist. Hundert Jahre werden wieder vergehen, daß ein so wunderbarer Scherzfall niederfällt, und daß er gerade niederfällt, wie nahe Schürer wie von einer Stange hängen. Wäre ein Wind gegangen, so wären die Kinder verloren gewesen.“ „Ja, danken wir Gott, danken wir Gott!“ jagte der Schürer. Der Hüter, der seit der Ehe seiner Tochter nie in Ghänd gewesen war, bestoch die Sinne nach Ghänd zu begreifen. Da man sich gegen die rote Angewandte zu kam, wo der Schürer begann, warnte ein Schürer, den der Schürer auf alle Fälle haben bestellte hatte. Man ist die Mutter und die Kinder hielten, weil sie hinstanden mit Deden und Pelzen, die im Ghänd waren, und ließ sie nach Ghänd hinausfahren. Die anderen plötzen und kamen am Nachmittag in Ghänd an. Die welche noch auf dem Wege gewesen waren und erst nach dem Kopf des Schürers anzufragen hatten, fanden sich auch nach und nach ein. Der letzte, welcher erst am Abend kam, war der Sohn des Ghänd Schürer, der die rote Fahne auf dem Ströbstein getragen und sie best aufgesteckt hatte. In Ghänd wartete die Schürer, welche überbergelassen war. „Ja, wie“ tief sie aus, „danken die Kinder in ihrem ganzen Leben nicht im Winter über den Hals gehen.“ Die Kinder waren von dem Schürer befreit. Sie hatten sich nicht zu einem bekommen, und man hätte sie in das Welt gegeben. Gott gegen Abend, da sie sich ein wenig erholt hatten, da einige Kinder und Freunde sich in der Stube eingefunden hatten und dem dem Ereignis redeten, die Mutter aber in der Stube am dem Bettchen saß und sie streichelte.

„Mutter, ich habe heute nacht, als wir auf dem Wege saßen, den heiligen Christ gesehen.“ „O Du mein geduldiges, Du mein liebes, Du mein herziges Kind,“ antwortete die Mutter, „er hat Dir auch Gaben gesendet, die Du bald bekommen wirst.“ Die Schürer waren ausgepackt worden, die Richter waren angekommen, die Tür in der Stube wurde geöffnet, und die Kinder der jenseit von dem Welt auf den verpörrten, hell leuchtenden, fremdlichen Christbaum hinauf. Trotz der Erschöpfung mußte man sie noch ein wenig aufleiden, daß sie hinaussingen, die Gaben empfangen, bewundern und endlich mit ihnen einschließen. In dem Wirtschaft in Ghänd war es an diesem Abend schärfer als je. Alle, die nicht in der Kirche gewesen waren, waren jetzt dort und die andern auch. Jeder erzählte, was er gesehen und gehört, was er getan, was er geraten und was für Begegnisse und Gefahren er erlebt hatte. Besonders aber wurde herabgehoben, wie man alles hätte anders und besser machen können. Das Ereignis hat einen Abschnitt in die Geschichte von Ghänd gebracht, es hat auf lange den Stoff zu Gesprächen gegeben, und man wird noch nach Jahren davon reden, wenn man den Berg an heißen Tagen besonders deutlich sieht, oder wenn man den Fremden von seinen Merkmalen erzählt. Die Kinder waren von dem Tag an erst recht das Eigentum des Dorfes geworden; sie wurden von nun an nicht mehr als Auswärtige, sondern als Eingeborne betrachtet, die man sich von dem Berge herabgeholt hatte. Auch ihre Mutter Sanna war nun eine Eingeborne von Ghänd. Die Kinder aber werden den Berg nicht vergeffen und werden ihn jetzt noch ernstlich betrachten, wenn sie in dem Garten sind, wenn, wie in der Vergangenheit, die Sonne sehr schön scheint, der Strahlenbaum duftet, die Bienen summen und er so schön und so klar wie das letzte Firmament auf sie heraberschienen.

Wenn die englischen Arbeiter regieren...

Ramsay MacDonald, der voraussichtliche Chef der kommenden englischen Regierung, hat auf vier ihm vorgelegte Fragen in einer Broschüre geantwortet, deren Inhalt sich wie folgt zusammenfassen lässt:

Macdonald glaubt nicht an die Möglichkeit einer Allianz zwischen England und Amerika, aber er hofft, daß Amerika dem englischen Volk in seinen wirtschaftlichen Nöten zu Hilfe kommen werde, wenn es erst die Ueberzeugung erlangt habe, daß die englische Politik aufrichtig und ehrlich ist.

In bezug auf Europa betont Macdonald als ein Anhänger der Politik des Gleichgewichts, daß kein verantwortungsbewußter Staatsmann, solange seine Nachbarn bis an die Zähne bewaffnet seien, einer völligen Ubrüstung das Wort reden könne. Das europäische Gleichgewicht werde auch in einer englischen Arbeiterregierung energische Verteidiger finden.

Der internationale Handel und das Kreditwesen müßte auf eine neue Basis gestellt werden, die deren Umwandlung in eine zum Besten der Gesamtheit arbeitende Unternehmung sichere.

Die Frage, ob eine Arbeiterregierung in England Sowjetrußland anerkennen werde, beantwortet Ramsay MacDonald mit einem unumwundenen Ja. Er hoffe ohne Verzug mit Moskau in Verbindung treten und den Güterausstausch mit allen Mitteln fördern zu können.

Notizen.

Der Erste Bürgermeister Hamburgs gestorben. In den Folgen eines Schlaganfalls ist der Erste Bürgermeister Dr. Diefel, von Hamburg gestorben. Das „Hamburger Echo“ rühmt seine Arbeit für die Stadt, sein rühmliches Eintreten für die demokratische Republik.

Kandidatenauffstellung in Sachsen. Eine sozialdemokratische Kandidatenauffstellung für Plauen nahm mit 195 gegen 50 Stimmen eine Resolution an, die sich scharf gegen den Artikel des Genossen Dittmann ausspricht. Als Kandidaten zum Reichstag wurden die Genossen Graupe und Paul Lebi gewählt, letzterer siegte über den Genossen Jäckel, den bisherigen Abgeordneten, mit 110 gegen 100 Stimmen. Bei der Aufstellung der Landtagskandidaten wurden die bisherigen Mandatsinhaber, die Genossen Schurig und Schnitz, durch die Genossen Fritsch und Harkisch ersetzt. Die Abstimmung ergab hier 12 gegen 11 Stimmen. Die bisherigen Mandatsinhaber wurden nicht wieder aufgestellt, weil sie zur Mehrheit in den Fraktionen gehören.

Nach Berlin verlegt. Die Infanterieschule der Reichswehr, die in München untergebracht war, wird nunmehr nach Berlin verlegt. Grund für diese Maßnahme des Reichswehr-Ministeriums ist die Tatsache, daß die Örtlichen Infanterieschüler, zu denen auch ein Neffe Ludendorffs zählt, in der Nacht zum 8. November alle Anstalten getroffen hatten, um dem Führer zum Gefangen zu verhelfen. Nach dem Scheitern wurde die Infanterieschule geschlossen, der Offiziersnachwuchs eingesperrt und später abtransportiert.

Neuer Frankfurter. Das neue Jahr hat einen neuen Sturz des französischen Frank gebracht. Dieser hatte zu Ende der vergangenen Woche eine beträchtliche Erholung zu verzeichnen, die den Dollar auf nahezu 19 hinabgedrückt hatte. Am Donnerstag ist der Dollar jedoch zum erstenmal auf über 20 gestiegen, um an der Börse mit 20,52 zu schließen. Die Wirkung des fortwährenden Sinkens der Währung macht sich in einem starken Anziehen der Preise und in einem wachsenden Rückgang der Kaufkraft weitest Verbreitung, insbesondere der Arbeiter, Angestellten und Beamten, denen in der vergangenen Woche die geforderten Lohnzuschläge abgelehnt wurden, bemerkbar.

Schacht verhandelt in London. Ueber die Verhandlungen, die der neue Reichsbankpräsident in London führt, meldet die Londoner Presse: Schacht verhandelt über finanzielle Fragen, insbesondere über die von ihm beabsichtigte Gründung eines neuen deutschen Goldemissions-Instituts, das er zum Teil mit ausländischem Kapital zum Teil durch Rückführung der ins Ausland gestühten deutschen Vermögenswerte zu finanzieren gedenke. In der City bringe man den Plänen Schachts großes Interesse entgegen. Man habe den Gedanken an die Einberufung einer Konferenz englischer Finanz- und Bankleute erhoben, die die Frage einer Anleihe an Deutschland prüfen sollen.

Reichsgericht gegen sächsische Regierung. Wie der „Evangelische Presseklub“ erfährt, ist der Rechtsstreit um die von der sächsischen Staatsregierung verfügte Zwangspensionierung des Bischofs und des Bischofspräsidenten des Evangelisch-lutherischen Landeskonsistoriums zugunsten der sächsischen Landeskirche entschieden.

Dollar Amtliche Notiz vom Freitag 4,2 Billionen

Metallarbeiterausperrung auch in Danabück. In Danabück haben sich die arbeitslosen und die durch den Krieg gezeichneten Arbeitervereine vereinigt und die Arbeitervereine ausgesprochen, die eine scheinbare Arbeitszeit vorüber die freien Gewerbetätigen haben mit über 90 Prozent Stimmen den Jahresurlaubstag abgelehnt. Darauf erließen sämtliche Arbeiter ihre Entlassung. Wiederentstellungen sollen nur auf Grund von neuen Bedingungen erfolgen, die eine Mehrarbeit vorsehen. Seit Donnerstag ruht die Arbeit in sämtlichen Danabücker Metallwerken. 10 000 Arbeiter liegen auf der Straße, Opfer eines brutalen Unternehmertums.

Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft. Der Bundesausschuß des Afa-Bundes hat am 3. Januar getagt und nach eingehender Erörterung folgenden Beschluß gefaßt: „Der Bundesausschuß beauftragt den Afa-Vorstand, den Austritt des Afa-Bundes aus der Zentralarbeitsgemeinschaft sofort zu vollziehen.“ Damit haben der Afa-Bund und der Gewerkschaftsbund der Angestellten nunmehr die Arbeitsgemeinschaft aufgegeben, so daß von Angestellten dort nur noch der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband vertreten ist. Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund dürfte voraussichtlich seine endgültige Stellungnahme zur Arbeitsgemeinschaft auf der Mitte Januar stattfindenden Bundesausschußsitzung beschließen.

Mitteilung der Passivschriften. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat, den gegebenen jetzigen Verhältnissen entsprechend, für die im besetzten Gebiet anwesenden Personen den Verkehr zwischen diesem Gebiet und dem unbesetzten Deutschland freigegeben. Die Verfügung enthält gleichzeitig Passivschriften, aus denen hervorgeht, daß die Einreise in das besetzte Deutschland jetzt wieder auf Grund eines Personalausweises möglich ist, der von der Ortspolizeibehörde ausgestellt werden muß.

Frankreich will mit Sowjetrußland Frieden schließen. Das Londoner Finanzblatt „Financial News“ glaubt über den Stand der zwischen Frankreich und Rußland inoffiziell geführten Verhandlungen die folgenden Mitteilungen machen zu können: Die von französischer Seite durch den Abgeordneten Franklin Bouillon geführten Verhandlungen seien bereits so weit gediehen, daß eine Verständigung über die wichtigsten Grundlagen des künftigen Vertrags als unmittelbar bevorstehend angesehen werden könne. Frankreich sei bereit, die Sowjetregierung als rechtmäßige Vertretung des russischen Volkes anzuerkennen, dagegen werde Moskau der französischen Regierung sehr bedeutende Konzessionen auf finanziellem Gebiet einräumen. Den französischen Aktionären ehemaliger russischer Gesellschaften werde das Recht zugesprochen, neue Gesellschaften zu gründen mit der ausdrücklichen Zusicherung, daß diesen entweder die früheren oder gleichwertige Konzessionen eingeräumt würden. Technische Kompensationen sollen den Inhabern der russischen Staatsanleihe angeboten werden.

Stinnes-Filme. In Berlin wurde eine Filmgesellschaft gegründet, die den Namen „Westfilm G. m. b. H.“ trägt. Sie beschäftigt sich mit der Herstellung und Verleihung von Filmen und dem Erwerb und Betrieb von Kinotheatern. Geschäftsführer sind Wladimir Wengeroff, Dr. Rudolf Becker und Leo Bauer. An der Neugründung ist Hugo Stinnes beteiligt, dem die beiden letztgenannten Geschäftsführer nahesteht. Die Gesellschaft plant, zunächst den Markt im Osten mit ihren Erzeugnissen zu versetzen.

Depeschen.

Deutsche Patente in Amerika.
Wb. London, 4. Januar. Reuter meldet aus Wilmington (Delaware): Der Bundesbezirksgerichtshof bestätigte den Verkauf von 5700 deutschen chemischen Patenten an chemische Unternehmungen, die während des Krieges von dem bormaligen ausländischen Eigentümern übernommen worden sind. Die augenblickliche Regierung, die vergeblich versuchte, diesen Verkauf als gegen die Verfassung verstoßend erklären zu lassen, wird nun beim obersten Gerichtshof Berufung einlegen.

Arbeiterregierung in England.
Wb. London, 4. Januar. „Times“ zufolge erwarten die Führer der Arbeiterpartei, daß die Regierung Baldwin am 17. Januar in Folge des Abänderungskontrahs der Arbeiterpartei zur Antwortadresse geantwortet und Ramsay MacDonald aufgefordert wird, die Regierung zu bilden. MacDonald werde diese Verantwortung sofort übernehmen und auch infolge seiner Vorbereitungen in der Lage sein, je nach Posten im Kabinett innerhalb 24 Stunden nach dem Sturze der Regierung Baldwin zu besetzen.

Japanische Ministerkrise.
Wb. Tokio, 4. Januar. Auf Ersuchen des Prinzregenten hat Komte Aihara seine Entlassung erneut erwogen und sich entschlossen, die Kabinettsbildung zu übernehmen.

Das Eis im Lübecker Hafen.
Wb. Lübeck, 4. Januar. Die Eisverhältnisse des hiesigen Hafens haben sich weiter verschlechtert. Außerhalb der von den Eisbrechern geschaffenen Fahrrinne haben die Schlepper schwer zu kämpfen, um Schiffe und Schuten an die Bösch- und Biegeplätze heranzubringen. Die Schifffahrt ist infolgedessen sehr ruhig. Am Mittwoch sind nur je zwei Dampfer angekommen und abgegangen.

Eine Explosion.
Wb. Peoria (Illinois), 4. Januar. Bei einem Explosionsunglück in der Getreidemühle wurden 35 Personen getötet, elf lebensgefährlich verletzt und 31 weniger schwer verwundet. Sechs Personen werden noch vermisst.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

★ Voranzeige. ★

8 enorm billige Inventur-Verkaufstage

von Dienstag den 8. bis Dienstag den 15. Januar.

Warten Sie mit Ihren Einkäufen in Stoffen für Herren- und Konfirmanden-Anzüge, Paletots, Kostümen und in Mantelstoffen **bis Dienstag den 8. Januar.**

Näheres wird in den hiesigen Tageszeitungen bekanntgegeben.

2267 **Louis Kaufmann, Alte Ulrichstraße 3.**

Lübecker Straße 20

billiger Inventur-Verkauf

beginnt Montag früh 1/29 Uhr

Kaufhaus Selma Rutkowsky

Magdeburg-Neustadt.

Beachten Sie mein Inserat in der nächsten Nummer

Mollereibutter

dänische u. inländische, ist jetzt täglich vorrätig

Außerdem empfehle:

Reisfischen ehen Emmentaler

Schweizerkäse das Pfund Mk. **2.40**

voll. Edamer Käse das Pfund Mk. **2.40**

Kondens. Büchsenmilch diegr. Dose Mk. **0.90**

Otto Toepfer

Butterhandlung „Zu den drei Kronen“

Gute Bücher

empfeht Buchhandlung Volckstimm.

Reklame-Angebote!

1 Posten Damen-Stoff-aus-Gewebe mit Lederoberteil 1.95

1 Posten Damen-Zuchhantel-Gewebe in Gürtel-Lederoberteil 2.25

1 Post. Kamelhaar-Schulter-entwurf, 1. 32- und Lederoberteil, Lederoberteil 2.85

1 Post. Damen-Kamelhaar-schulterentwurf, Gürtel- und Lederoberteil 3.65

1 Posten Robe- & Eberbreiten-Kinderkleid, 31-35 7.35 6.45

1 Posten Damen-Halbhaube, Schür- und Spange 6.85

1 Posten Kindler- & Arbeit-Kleid 8.75

1 Posten hochfeine Lack-Halbtuch, moderne Weise Form 14.50

Schuhhandelshof

Breiteweg 194/94, gegenüber der Steinstr., Hof 1 Str.

Ein Ereignis ist mein diesjähriger

Inventur-Verkauf!

Beachten Sie bitte meine Schaufenster.

Winter-Mäntel in mod. Aus- rüstungen 45, 38, 25, **1800**

Winter-Joppen gute Qualität u. 20, 16, **1200**

Herren-Anzüge in modernen Formen 45, 38, 33, **2750**

Konfirmand- u. Prüfungs-Anzüge moderne Formen 32, 25 **1950**

Getreidige Hosen beste Verarbeitung, prima Qualitäten 17, 12, 8.50, 6.50, **450**

Moderne Anzug-Stoffe hoch r. und kostbarer Ware, gute Qualitäten 6.75, 5.50, 4.50, **350**

Mantel-Stoffe Glauche 6.50, **350**

Prima Manschetten in braun und grau am Lager 5.00, **395**

Pilot zu Arbeits-hosen sowie Nord 5.50, 2.50, **175**

Arbeitskleidung in nur guten Qualitäten vorrätig!

Ein Posten Herren-Gummi-Mäntel **30.00 22.00**

Jacobstr. 3. **J. Sorger** Jacobstr. 3. Al. Marktstr.

Stellenangebote

haben den besten Erfolg in der

Volksstimme

